

# Friedensregion Bodensee e.V.

Newsletter Nr. 14

Februar 2021

Weiterleitung sehr erwünscht!



## Inhaltsverzeichnis

Zum Newsletter Nr. 14 .....	1
Sicherheit neue denken- Projekt Friedens- bildung .....	2
Seit 22.01. ist der UN-Atomwaffenverbotsver- trag (AVV) in Kraft .....	4
Bericht von der Mitgliederversammlung .....	7
Die Grünen und der Frieden. Zum neuen Grünen Grundsatzprogramm .....	8
Internationaler Bodensee-Friedensweg am 05.04.2021 – Fahnenaktion.....	9
Gastbeitrag von Clemens Ronnefeldt: Interven- tionsmacht Deutschland .....	13
Buchbesprechung: Im Grunde gut .....	16
Neuigkeiten .....	17
Termine .....	18
Impressum .....	19

## Zum Newsletter Nr. 14

Liebe friedenspolitisch interessierte Leserinnen und Leser!

Neben dem Bericht über die Mitgliederversammlung, der Vorschau auf den Friedensweg und einem Beitrag von Clemens Ronnefeldt enthält diese Newsletter den ersten Mosaikstein unseres Mitglieds Brigitte Ehrich. Sie wird uns das wichtige Thema Friedensbildung in den kommenden Ausgaben in einzelnen Kapiteln verständlich und nachvollziehbar erklären.

Wie Sie wissen, ist seit dem 22.01.2021 der UN-Atomwaffenverbotsvertrag völkerrechtlich in Kraft, woran die Friedensbewegung einen großen Anteil hatte. Lesen Sie auch, was wir hier vor Ort dazu beigetragen haben! Doch bedeutet das eben noch lange nicht, dass wir uns beruhigt zurücklehnen dürften. Jetzt müssen wir uns weiter engagieren und den politischen Druck auf die Bundesregierung erhöhen, damit sie ebenfalls unterzeichnet. Dazu enthält dieser Newsletter einen Aufruf der Internationalen Anwälte, an dem Sie sich ebenfalls beteiligen können.

In Baden-Württemberg stehen am 14.03. Landtagswahlen an. Das Grüne Wahlprogramm setzt aus friedenspolitischer Perspektive falsche Akzente, weil es sich nicht eindeutig gegen Aufrüstung und damit einhergehend Mobilmachung und Kriegstreiberei ausspricht. Der Darstellung dieser friedenspolitisch äußerst wichtigen Diskussion widmet diese Newsletter-Ausgabe einen umfangreichen Beitrag, um Ihnen unterschiedliche Argumente bekannt zu machen.

Dem Maler Hans Wallner, der auch den Vorsitz des Vereins Kunst für Frieden e.V. innehat, sei an dieser Stelle herzlich dafür gedankt, dass in unserem Newsletter ausdrucksstarke Bilder veröffentlicht werden dürfen

(<http://www.friedensatelier.de/index.html> )

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre und grüße Sie herzlich!

Ihre Friedensreferentin  
Martina Knappert-Hiese

## Sicherheit neu denken – Projekt Friedensbildung - Deutschlands Verantwortung (©B.L. Ehrich)

*An dieser Stelle sei unserem Mitglied Brigitte Ehrich ein großer Dank ausgesprochen, die uns an ihrem reichen Erfahrungsschatz aus der Konfliktbearbeitung und in der friedenspolitischen Bildungsarbeit teilhaben lässt. Bitte beachten Sie die redaktionelle Redlichkeit und zitieren Sie nur mit Angabe der Autorin und der Quelle. In diesem und den kommenden Newslettern werden einzelne Mosaikstein von insgesamt 16 Stück präsentiert, um das Gesamthema umfänglich darzustellen. Mit dieser Reihe wollen wir einen Einblick in die friedenspolitischen Bildungsarbeit ermöglichen, der zudem im Kontext des Szenarios „Sicherheit neu denken“ unter der Säule „Resiliente Demokratie“ zu verorten ist.*



Haben Sie schon einmal gehört, dass sich jemand an Neujahr vorgenommen hat, in Zukunft deutlich mehr Benzin zu verbrauchen – mindestens jedoch 2% des Wertes seiner gesamten Wirtschaftsleistung? Die meisten Menschen dürften eher ein Interesse haben, am Benzin zu sparen und die Mitwelt zu schonen. Außerdem hängt der Benzinverbrauch von den Mobilitätszielen ab, und das Ziel bestimmt die Wahl des passenden Verkehrsmittels: die Beine, Fahrrad, Bahn, Auto, Flugzeug, Schiff, Esel.

Bundesverteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer hat sich vorgenommen, mehr für militärische Verteidigung auszugeben, mindestens jedoch 2% des BIP, denn

Deutschland müsse „mehr Verantwortung übernehmen“. Verantwortung wofür? Mit welchem Ziel und welchen Mitteln? „Verantwortung übernehmen“ wird gemeinhin mit Militäreinsätzen gleichgesetzt und der Erhöhung der Rüstungsausgaben. Aber bedeutet „Verantwortung übernehmen“ nicht eher, den Klimawandel zu stoppen, die natürliche Mitwelt zu schützen, für faire Handelsbeziehungen, für soziale Gerechtigkeit und Frieden mit wesentlich zielführenderen zivilen Mitteln zu sorgen? Verantwortung beinhaltet Konflikt- und Gewalt-Prävention. Im Bereich ziviler Konfliktbearbeitung steht vor jeder Intervention zwingend eine sorgfältige Konflikt- und Kontextanalyse. Ebenso wird geprüft, welche nichtintendierten Nebenfolgen die jeweiligen Interventionen haben könnten: Man führt eine Do-No-Harm-Analyse (Richte keinen Schaden an!) durch. Schließlich werden diese zivilen Einsätze evaluiert. Eine Evaluierung des Zivilen Friedensdienstes 2011 bestätigte den Maßnahmen eine gute Wirksamkeit<sup>1</sup>.

Demgegenüber werden militärische Interventionen in der Regel nicht öffentlich und transparent evaluiert. Und das mit gutem Grund: „Gegen die historisch vielfach zu beobachtende starke Zuversicht nicht nur militärischer, sondern auch politischer Entscheidungsträger in die Erfolgsaussichten militärischer Gewalt sprechen die Ergebnisse jener Untersuchungen, die eine große Zahl von Militäreinsätzen in den Blick nehmen und sie statistisch auswerten.“<sup>2</sup> Auch das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) hat festgestellt, dass Gewaltkonflikte häufig mehr Opfer fordern, länger dauern und schwieriger durch eine Verhandlungslösung beizulegen sind, wenn eine militärische Intervention erfolgt ist.<sup>3</sup> Das Argument, man wolle der Bevölkerung Demokratie und Frieden bringen, hält einer Überprüfung ebenso wenig stand: „Nicht Demokratie, vielmehr eher Bürgerkrieg und Chaos folgen nach dem Sturz eines fremden Herrschers“<sup>4</sup>. Das kann jede und jeder in den Medien überprüfen: Libyen, Irak, Syrien, Afghanistan.... Vor Militäreinsätzen werden keine angemessenen Konfliktanalysen durchgeführt: „Wir hatten keine Ahnung, was wir in Afghanistan taten. Wenn die amerikanische Öffentlichkeit geahnt hätte, wie

groß das Ausmaß der Ahnungslosigkeit war... 2400 gefallene Soldaten. Wer will da sagen: Es war umsonst?" berichtet Douglas E. Lute, Drei-Sterne-General und nationaler Sicherheitsberater für Irak und Afghanistan unter G.W. Bush.<sup>5</sup>

Der Mythos der erlösenden Gewalt ist so tief verwurzelt und weitverbreitet wie irrational und unwahr. Oberst Prof. Dr. Matthias Rogg von der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg kommt zu dem Schluss: „Schließlich ist der Einschätzung zuzustimmen, Kriege seien ‚stets von Wunschdenken und Machtphantasien geleitet‘ und das Potential militärischer Interventionen werde ‚chronisch überschätzt‘.“<sup>6</sup>

Ein Grund für den irrationalen Glauben an die Wirksamkeit militärischer Gewalt mag in der Unkenntnis von Alternativen liegen. Es gibt viele Beispiele, in denen es eher unscheinbaren zivilgesellschaftlichen Akteuren gelungen ist, dort Frieden herbeizuführen, wo hochrangige Politiker und Militär versagt hatten. So konnte die katholische Laienorganisation Sant` Egidio zwischen 1989 und 1992 in Mosambik Frieden erwirken<sup>7</sup>, das Ende des Bürgerkriegs in Bougainville begann 1995 im Hinterzimmer der Evangelischen Akademie Bad Boll<sup>8</sup>. Gerade weil zivilgesellschaftliche Akteure als politisch-militärisch schwach und unbedrohlich, moralisch aber als stark wahrgenommen werden, öffnen sich ihnen oft Türen.

Aber auch Deutschland als starke Zivil- und Wirtschaftsmacht hat abseits militärischen Agierens weit größeren Einfluss auf das Weltgeschehen als es als Militärmacht hätte. Anfang Februar 2021 bat der Iran die EU um Vermittlung im Atomstreit mit den USA. Eine militaristisch auftretende EU mit rein geopolitischer Machtstrategie würde viele diplomatische Chancen als „ehrlicher Makler“ verspielen. Und Deutschland übernimmt durchaus Verantwortung z. B. mit dem Zivilen Friedensdienst<sup>9</sup>, der aktuell in 43 Ländern wirksam im Einsatz ist – ein gelungenes Projekt staatlich-zivilgesellschaftlicher Zusammenarbeit mit Vorbildcharakter.

Es gibt zahlreiche Methoden gewaltfreier Konfliktbearbeitung, die leider viel zu wenig bekannt sind. Deshalb wollen wir in nächster Zeit in jedem Newsletter einen Aspekt oder eine Methode gewaltfreier Konflikttransformation mosaikartig vor-stellen. Wir hoffen, dass sich so



viele Mosaiksteinchen zu einem Bild der Möglichkeiten von Friedensarbeit zusammen-fügen.

## Fußnoten

1 <https://www.ziviler-friedensdienst.org/de/aktuelles/evaluierung-hebt-positive-wirkungen-hervor>

2 Rudolf, Peter: Sind Militäreinsätze erfolgreich? Zur Evaluation von Militäreinsätzen. Friedenstheologisches Lesebuch, Kirchenamt der EKD (Hrsg.), S.247 mit Verweis auf Sullivan, Patricia L. / Koch, Michael T. (2009): Military Intervention by Powerful States, 1945–2003, in: Journal of Peace Research 46, S. 707–718.

3 SIPRI (2016): Yearbook 2016. Stockholm: Oxford University Press, S. 118.

4 Downes, Alexander B. / Monten, Jonathan (2013): Forced to Be Free? Why Foreign-Imposed Regime Change Rarely Leads to Democratization, in: International Security 37, S. 90–131.

5 <https://www.sicherheitneudenken.de/zivile-sicherheit-ist-wirksam/mythos-wirksamkeit-militaerischer-interventionen/> abgerufen am 5.2.2021

6 Vortrag beim Studientag der Evangelischen Landeskirche in Baden am 28.04.2018, [https://www.ekiba.de/html/content/veroeffentlichung\\_2018.htm](https://www.ekiba.de/html/content/veroeffentlichung_2018.htm)

7 Weingardt, M. A. (2007). Religion Macht Frieden. Das Friedenspotential von Religionen in politischen Gewaltkonflikten. Stuttgart: Kohlhammer S. 137ff

8 <https://www.ev-akademie-boll.de/tagungsarchiv/g30295.html> abgerufen am 6.2.2021

9 <https://www.ziviler-friedensdienst.org/de/ueber-uns> abgerufen am 6.2.2021

## **YES WE BAN: Der Atomwaffen-verbotsvertrag ist in Kraft** (von ICAN – Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen)

Der neue UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen (AVV) ist am 22. Januar 2021 in Kraft getreten. Weltweit feiern Bürger\*innen diesen Meilenstein auf dem Weg zur nuklearen Abrüstung. In Deutschland beteiligten sich neben zahlreichen Aktivist\*innen auch Abgeordnete und Städte an den Feierlichkeiten. Anlässlich des Inkrafttretens fordern ICAN, IPPNW und Greenpeace Deutschland den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag und den Abzug der US-Atomwaffen aus dem rheinland-pfälzischen Büchel.

“Die deutsche Beteiligung an Atomwaffenübungen und die Stationierung von Atomwaffen sind Aktivitäten, die unter dem Atomwaffenverbotsvertrag verboten sind. Damit ist die deutsche Politik in Bezug auf Massenvernichtungswaffen eindeutig konträr zur Haltung der meisten Staaten weltweit“, so Beatrice Fihn, Geschäftsführerin ICAN International. “Das Festhalten an der Abschreckungspolitik wird Deutschlands Status als humanitärer Vorkämpfer auf der Weltbühne langfristig schaden.”

Deutschland lehnt den Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag wie andere NATO-Staaten bisher ab. Die Bundesregierung argumentiert, dass Deutschland als NATO-Mitglied dem Verbotsvertrag nicht beitreten könne. ICAN entgegnet: Der Vertrag sei extra so formuliert worden, dass ein Beitritt von NATO-Staaten möglich ist. Im September 2020 wurde das von zwei ehemalige NATO-Generalsekretären unterstrichen, als sie alle NATO-Staaten zum Beitritt aufriefen.

“Die Bundesregierung fördert Multilateralismus und bekennt sich zum Ziel einer atomwaffenfreien Welt, hält aber gleichzeitig an der nuklearen Teilhabe der NATO fest und ignoriert den Willen der Staatenmehrheit, Atomwaffen zu ächten“, betont Dr. med. Alex Rosen, Vorstandsmitglied der IPPNW Deutschland. “Das muss sich ändern: Die

Vernichtung der gegnerischen Zivilbevölkerung mit atomaren Massenvernichtungswaffen war nie und kann nie vereinbar sein mit dem internationalen humanitären Völkerrecht.”

Auch Christoph von Lieven, Sprecher für Abrüstung und Frieden von Greenpeace Deutschland unterstreicht: “Dass Greenpeace und andere seit 50 Jahren um ein Verbot von Atomwaffen kämpfen müssen, zeigt wie diese Bundesregierung an Lagerdenken und Vernichtungsdrohung festhält und sich zunehmend international isoliert anstatt echte Sicherheit durch den in den Vereinten Nationen beschlossenen Atomwaffenverbotsvertrag zu gewährleisten.”

122 Staaten haben das Abkommen im Juli 2017 in den Vereinten Nationen beschlossen. Es verbietet unter anderem umfassend Test, Entwicklung, Produktion, Besitz, Stationierung, Weitergabe sowie den Einsatz von und die Drohung mit Atomwaffen. Für das Engagement in dem Prozess zur Verabschiedung des Atomwaffenverbotsvertrages wurde ICAN 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Quelle:

<https://www.ippnw.de/startseite/artikel/de/yes-we-ban-der-atomwaffenverbotsv.html>



(Bild von E. Heinke [www.friedensatelier.de](http://www.friedensatelier.de) )

*Die folgenden beiden Beiträge zeigen, wie wir hier in der Region erfolgreich auf die Ratifizierung des Atomwaffenverbotsvertrages hinweisen konnten.*

## Vertrag: Welt ohne Atomwaffen Verbot tritt in Kraft und Lindau zeigt Flagge

Seit dem 22. Januar 2021 sind atomare Massenvernichtungswaffen völkerrechtswidrig, denn an diesem Tag trat der UN-Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft. Aus diesem Anlass trafen sich Lindauerinnen und Lindauer vor dem Alten Rathaus auf der Insel und zeigten Flagge: Mit dabei waren Mitglieder der Friedensräume Lindau und des Vereins Friedensregion Bodensee.

Auch die Oberbürgermeisterin Dr. Claudia Alfons (*rechts im Foto unten*) kam dazu: „Der Atomwaffen-Verbotsvertrag ist ein Meilenstein auf dem Weg zu Global Zero, einer Welt ohne Atomwaffen für eine friedliche und sichere Zukunft“, so die Oberbürgermeisterin. Das Engagement gegen Atomwaffen hat in Lindau Tradition: Die Stadt hat sich bereits 1982 zur atomwaffenfreien Zone erklärt, ist 2007 dem weltweiten Städtebündnis Mayors for Peace beigetreten und hat 2019 den ICAN-Städteappell gegen Atomwaffen unterzeichnet.



**Engagement hat Tradition** Nicht nur in Lindau, sondern auch in vielen anderen der inzwischen über 700 Mitgliedskommunen der Mayors for Peace in Deutschland gab es Aktionen zu diesem epochalen Ereignis. Frieder Fahrbach vom Verein Friedensregion Bodensee bezeichnet das Ereignis als weiteren Mosaikstein für Lindau als Friedensstadt und freut sich: „Lindau gibt mit

dieser Aktion der internationalen nuklearen Abrüstung ein Gesicht und füllt die Friedensarbeit mit Leben“. (Quelle: Lindauer Bürgerzeitung vom 31.01.2021)

## In Tettang ist „Entrüstung“ angesagt. Stadt hisst Flagge für den Weltfrieden

Zum Pressegespräch, bei dem die Friedensflagge gehisst worden ist, hat sich Martina Knappert-Hiese von der Friedensregion-Bodensee mit Bürgermeister Bruno Walter am Donnerstag am Rathaus getroffen. Anlass des Termins ist das Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrages (AVV) ab 22. Januar gewesen. Wie Friedensreferentin Knappert-Hiese auch in einer Pressemitteilung betonte, sei die Abschreckungspolitik nicht mehr zeitgemäß. Man wolle daher für die Bundesregierung ein Zeichen setzen, damit konkrete Schritte hin zur Unterzeichnung des AVV und dem völkerrechtlichen Verbot, Atomwaffen zu besitzen oder zu lagern, umgesetzt werden.

So steht auf der Fahne „Nuclear Weapons Are Banned!“ Bruno Walter ist seit dem vergangenen Jahr „Mayor For Peace“ (Bürgermeister für den Frieden). Die internationale Gruppierung will mit atomwaffenfreien Zonen und Städten ein Zeichen setzen. „Die Welt ist nicht wirklich sicherer geworden“, sagt der Bürgermeister. Dies zeigten auch die aktuellen Ereignisse. Daher müsse man auch im Kleinen aktiv werden, im Alltag anfangen, sich für ein menschlicheres Miteinander einzusetzen.

Walter sieht die Aktion als Appell an alle, sich weltweit für Frieden und gegen Massenvernichtungswaffen zu engagieren. Als Indiz, dass sich das Bewusstsein insgesamt ändere, sieht Knappert-Hiese die Compliance-Richtlinien vieler Unternehmen und Banken, was Waffen- oder Geldgeschäfte im Zusammenhang mit Kernwaffen angeht. Sie weist

darauf hin, dass sich sowohl die evangelische als auch die katholische Kirche eindeutig gegen Atomwaffen ausgesprochen haben. Wie unlängst eine Umfrage von Greenpeace ergeben habe, lehnen 91 Prozent der Befragten Atomwaffen und deren Stationierung ab, so Knappert-Hiese. Insgesamt sei man mit dem Abkommen einen großen Schritt weiter gekommen auf dem Weg zu einem „Global Zero“, einer atomwaffenfreien Welt.



(Quelle: Foto/Text O.E. Jahnke, Schwäbische Zeitung Ausgabe Tettnang 23.01.21)

### Atomwaffen-Verbotsvertrag - der Schweigekreis Lindau erinnert an die Opfer

Am Tag des Inkrafttretens des Atomwaffen-Verbotsvertrages hat der Schweigekreis für Klimaschutz, Frieden und Gerechtigkeit das weltweit verbreitete Banner gegen Nuklearwaffen am Peace-Stein ausgelegt. Mit dem Schweigen erinnern die Teilnehmer\*innen dieses Mal an die annähernd 250 000 Opfer der beiden Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki im August 1945.

Seit 22.1.2021 sind diese Massenvernichtungswaffen völkerrechtlich verboten. Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Verbotsvertrag zu unterschreiben und jede Beteiligung an nuklearer Abschreckung und Bewaffnung zu beenden. Auf deutschem Boden dürfen keine einsatzbereiten Atombomben mehr gelagert werden. Deutsche Tornado-Piloten dürfen nicht weiter für Atombombenabwürfe ausgebildet werden. Deutsche Finanzinstitute dürfen nicht länger Atombomben-Entwicklung und -Pro-

duktion mit Krediten unterstützen und damit Gewinn machen.

Die Mahnwache steht seit 2 Jahren jeden Freitagabend um 18 Uhr schweigend auf dem Bismarckplatz vor dem Lindauer Rathaus. Jede\*r ist eingeladen, daran teilzunehmen. (Pressemitteilung, veröffentlicht am 02.02.21 in der Lindauer Zeitung)



Weitere Einzelheiten zu den Verstrickungen des Bankensektors mit der Rüstungsindustrie finden Sie unter folgendem Link:

<https://urgewald.org/kampagne/bankenwaffen>

Und damit auch die Bundesregierung dem Atomwaffen-Verbotsvertrag beitrifft, können Sie den Appell der Internationalen Anwälte unterzeichnen: <https://appell.ialana.de/> Bitte tun Sie das, damit wir den politischen Druck auf die Bunderegierung erhöhen. Der Vorstand der Friedensregion hat das bereits getan:

<https://appell.ialana.de/erstunterzeichnerinnen/>



## Bericht über die Online-Mitgliederversammlung der FRB am 15.2.21

(von Frieder Fahrbach)

Bernd Wipper begrüßt die an der Online-MV teilnehmenden Mitglieder und bestätigt, dass die Versammlung auf diese Weise ordnungsgemäß mit Wahlen durchgeführt werden kann. Es nehmen 14 Mitglieder teil, 4 Vollmachten liebe vor.

Frieder Fahrbach berichtet von den Vereinsaktivitäten des Jahres 2020. Seit 1. Januar gibt unsere **Friedensreferentin Martina Knappert-Hiese** den monatlichen **Newsletter** heraus, inzwischen mit über 500 Adressaten. Dazu kommen Facebook- und Instagram-Beiträge, um vermehrt jüngere Generationen anzusprechen.



Im Januar nahmen mehrere Mitglieder an einer Multiplikatoren-Tagung in Freiburg zu „**Sicherheit neu denken**“ teil. Der Verein ist daraufhin dieser Initiative als Unterstützer beigetreten. Die Vermittlung dieses Entwicklungsszenarios findet sich an verschiedenen Stellen bei uns wieder, z.B. im November als Online-Vortrag und Workshop mit Ralf Becker in Überlingen und Ravensburg, auf der Gartenschau in Lindau und in unserem Friedensbildungsprojekt (später mehr).

Kurz nach der **Mitgliederversammlung 2020** schränkte Corona unsere Aktivitäten erst einmal ein: der **Bodensee-Friedensweg** an Ostermontag, dem 13.4.20 in Überlingen, mit dem Thema **FRIEDENSKLIMA** mußte sehr kurzfristig abgesagt werden. Daraus entwickelte sich als Ersatz eine große **Fahnenaktion**.

Die zahlreichen **Sitzungen des Vorstands**, des AK, die AGs und viele Veranstaltungen fanden seither online statt.



Im Sommer konnten wir eine Zeitlang **Veranstaltungen mit Auflagen** durchführen: Mayors for Peace am 8.7. Lindau, Hiroshima/Nagasaki-Tag in ÜB, im August der Jahresausflug auf dem Lindauer Friedensweg zu den Friedensräumen incl. einer Hiroshima-Plakataktion, am 21.9. der „Waffenthron“ in Lindau zusammen mit Friedensräumen. Weitere Veranstaltungen sind auf der Webseite nachzuvollziehen.

Im Oktober hat uns die **Querdenker-Friedens-Menschenkette** beschäftigt – unsere offizielle Abgrenzung durch Presseberichte, in Absprache mit den Kolleg\*innen des Bodensee-Friedensweges aus der Schweiz, fand nicht nur Zustimmung, auch aus den eigenen Reihen.

Daraus entstand ein neues **Projekt Friedensbildung** mit Schwerpunkt ‚Resiliente Demokratie‘: seit Januar 2021 baut unsere 2. **Friedenbildungsreferentin Martina Heise** zusammen mit Brigitte Ehrich diesen Bereich auf. Eine längere Serie ‚Friedensmosaiksteine‘ erscheint ab dieser Ausgabe in unserem Newsletter. Dieses Projekt bereitet den Weg zu einem BodenseeFriedensBüro vor ....

An dem Gemeinschaftsprojekt für die **Gartenschau in Lindau 2021** mit den Friedensräumen/Pax Christi haben wir das ganze Jahr gearbeitet. Mit Unterstützung der Stadt Lindau, des Bayer. Staatsministeriums für Umwelt, Engagement Global und Religions for Peace bereiten wir eine Ausstellung zum Thema **„FRIEDENSKLIMA! Die 17 Nachhaltigkeitsziele“** vor.

Intern ist der Verein mit der Weiterentwicklung seines Leitbildes, des Selbstverständnisses und der Vereinsstrategie und einem Medienkonzept sehr aktiv. Zwei weitere Bereiche sind ganz besonders wichtig: die **Finanzierung** unserer 2 Stellen zu sichern und das Gewinnen **junger Mitglieder**.

Jürgen Dornis gibt kommissarisch den **Kassenbericht** und die **Kassenprüfung** ab. Nach einer Aussprache wird der Vorstand einstimmig entlastet.

**Besonderer Dank** gilt allen Aktiven im Vorder- und Hintergrund (wie z.B. stille Helfer\*innen und Angehörige). Im Sommer werden wir das wieder auf unserem Jahresausflug feiern!

In den **Vorstandswahlen** werden folgende Personen im Amt bestätigt: Frieder Fahrbach, Christian Harms, Claus Kittsteiner, Martina Knappert-Hiese und Bernd Wipper. Neu in den Vorstand werden gewählt: Jürgen Dornis als Schatzmeister und Brigitte Ehrich als Fachbeirätin.

Weiter stellt sich die **2. Friedensreferentin Martina Heise** für den Bereich Friedensbildung und das zukünftige BodenseeFriedensBüro vor.

Wir wiederholen nochmals den bereits in der Dezember-Ausgabe veröffentlichten **Aufruf zu Patenschaften** für das Projekt „Sicherheit neu denken – next gen“ und unsere eigenen Friedens-Referentinnen. Bitte schreiben Sie bis 28. Februar an [juergen@ambaechle.de](mailto:juergen@ambaechle.de), wenn Sie sich vorstellen können, sich mit einer regelmäßigen Spende zu beteiligen.

#### **Ansprechpersonen im (erweiterten) Vorstand für inhaltliche Bereiche der FRB**

Vorstand:

**Jürgen Dornis:** Schatzmeister, Finanzen, Spenden

**Brigitte Ehrich:** Fachbeirätin, AK Projekt Friedensbildung, „Sicherheit neu denken“

**Frieder Fahrbach:** Vorstand, NL Redaktionsteam, AK Gartenschau, AK Friedensbildung, Bodensee-Friedensweg, Kontakt zu Friedensräumen Lindau und KWvB

**Christian Harms:** Schriftführer, Kontakt zu IPPNW

**Claus Kittsteiner:** Fachbeirat, Kommunikation/Verteiler, Militär und Klima, Geflüchtete Lesbos

**Martina Knappert-Hiese:** Fachbeirätin, Friedensreferentin für Newsletter, Social Media

(Instagram), Projektfinanzierung, AK Friedensbildung, AK Gartenschau, Wirtschaftspolitik

**Bernd Wipper:** Vorstand, Sach- und Rechtsfragen, Bodensee-Friedensweg, „Sicherheit neu denken“, Rüstung, Kontakt zu DFG/VK und zu Kirchen

Erweiterter Vorstand:

**Martina Heise:** Friedensbildungsreferentin für AK Gartenschau und AK Friedensbildung

**Hans Steisslinger:** Zoom-Meister, Projekt Friedensschiff

**Sophia Topp:** Datenschutz

**Kontakt:** [friedensregion.bodensee@gmail.com](mailto:friedensregion.bodensee@gmail.com)

Bitte beachten Sie, dass innerhalb der nächsten 2 Wochen die **Mitgliedsbeiträge** eingezogen werden, bzw. wir bitten – wer keine Lastschriftermächtigung erteilt hat – den Beitrag bis Ende Februar zu überweisen (IBAN: DE62 4306 0967 8245 8663 00).

In diesem Zeitraum werden auch die **Spendenbescheinigungen** verschickt.

#### **Aktuelles: Die Grünen und der Frieden. Zur Diskussion um das neue Grundsatzprogramm (November 2020)** (zusammengestellt von Martina Knappert-Hiese)

*Das Programm können Sie unter folgendem Link einsehen:* [https://cms.gruene.de/uploads/documents/20201202\\_Grundsatzprogramm.pdf](https://cms.gruene.de/uploads/documents/20201202_Grundsatzprogramm.pdf)

*Dazu ist dann ein kritischer Brief von namhaften Mitgliedern der Friedensbewegung erschienen:*

#### **Offener Brief an Robert Habeck und Annalena Baerbaum von J.-P. Steffen (IPPNW), W. Rösch-Metzler (pax christi) u. Ph. Ingenleuf (Netzwerk Friedenskooperative)**

Die Unterzeichner kritisieren, dass zwar auf den Atomwaffenverbotsvertrag hingewiesen werde, jedoch die Forderung, Deutschland solle ihn schnellstmöglich unterschreiben, fehlt. Dabei sei die so genannte Weltuntergangsuhr von den zuständigen Wissenschaftlern unlängst auf 12 Sekunden vor 12 justiert worden, um den

besorgniserregenden Zustand der Welt zu charakterisieren. Dafür, dass die Friedensbewegung kaum noch als eine wichtige Wurzel der Partei gelten kann, führt der offene Brief zahlreiche Beispiele an, die die Forderungen der Friedensbewegung im Programm unerwähnt lassen. So soll beispielsweise der Waffenexport lediglich gemeinsamen europäischen Regeln folgen, was mit einer Erhöhung der deutschen Ausführungen gleichzusetzen ist, da in Deutschland strengere Exportkontrollen gelten als bei unseren europäischen Nachbarn. Auch auf Abrüstung wollen die Grünen sehr viel Wert legen, wobei sie nicht in Betracht ziehen, dass das Ziel jeglicher Abrüstungsgespräche die EINE WELT im Blick haben muß. Immerhin hat sich die Weltgemeinschaft auf die 17 Entwicklungsziele geeinigt. Deren Umsetzung kann tatsächlich nur unter der Voraussetzung gelingen, dass die Militärhaushalte weltweit umgeschichtet werden. Deshalb ist es auch als kontraproduktiv zu bezeichnen, dass die Grünen an den 2% des BIP festhalten, die in der NATO in Rüstungshaushalte investiert werden sollen. Friedenspolitisch relevante Zielsetzungen lassen sich erst dann realisieren, wenn die Blockbildung überwunden sein wird, die nach dem Zerfall des Ostblocks mit dem Fortbestand der NATO aufrechterhalten wurde. Das geschah, obwohl der Warschauer Pakt nicht mehr existiert. Eine wichtige friedenspolitische Forderung ist, dass Russland und die Ukraine genauso in eine gesamteuropäische Sicherheitslösung eingebunden werden müssen, wie die Problematik Israels und seiner Nachbarn nur im Zusammenhang des gesamten Nahen Ostens aufzulösen ist. Zum Abschluss nehmen die Verfasser Bezug auf Willy Brandt, der mit seinem Gedanken des Krieges als „ultima ratio“ die Vorstellung negiert, dass Kriege Politik mit quasi anderen Mitteln fortsetzen. Deshalb sei es eben auch nicht ausreichend, wenn Ziviler Konfliktbearbeitung gegenüber kriegerischen Auseinandersetzungen lediglich ein Vorrang eingeräumt werde. Zivile Konfliktlösungen bedürfen einer umfassenden Finanzierung. Zusammenfassend stellen die Autoren fest, dass dem Grünen Grundsatzprogramm eine friedenspolitisch relevante Vision fehlt.

(Quelle: <http://www.koop-frieden.de/artikel-erstellen/ist-euch-frieden-noch-wichtig-offener-brief-die-vorsitzenden-annalena-baerbock>)

### So antwortet Winfried Nachtwei:

Die Antwort des Grünen Abrüstungsexperten entspricht einer formalen politischen Argumentation und beinhaltet wenig plausible Argumente, die die friedenspolitische Argumentation aufzugreifen oder zu widerlegen versuchen würden. Nachzulesen unter folgendem Link:

<http://nachtwei.de/index.php?module=articles&func=display&aid=1670>

*Damit ist die Diskussion jedoch keineswegs beendet, weil **ein weiterer offener Brief** veröffentlicht wurde, die sich schwerlich widerlegen und negieren lassen. Seine Verfasser sind **Rainer Braun, Geschäftsführer des Internationalen Friedensbüros (IPB) und Werner Ruf, Prof. i.R. für Politikwissenschaft der Uni Kassel**. Erschienen ist der offene Brief am 09.01.21 in einer Beilage zur „Jungen Welt“.*

In der Einleitung weisen die Autoren darauf hin, dass Kriege seit jeher in der Regel mit Lügen begonnen und begründet wurden. Befürworter von Kriegen argumentierten mit der „Verteidigung von Menschenrechten“ und anderen positiv besetzten Zielen, die die eigenen ökonomischen und geopolitischen Interessen verschleiern. Anstatt „in den Krieg zu ziehen“, wie es früher hieß, werde heute „Verantwortung getragen“. Dabei würden unvermeidlich Getötete in Kauf genommen, die als „Kollateralschäden“ quasi verdinglicht werden. Dass kriegerische Auseinandersetzungen in der Gegenwart als „humanitäre Interventionen“ umschrieben würden lasse den Schluss zu, sie seien moralisch gerechtfertigt und wir könnten zwischen den „Guten“ und den „Bösen“ unterscheiden. Die Autoren weisen darauf hin, dass jedoch die aktuelle ungerechte Weltwirtschaftsordnung als der Ursprung zahlreicher kriegerischer Auseinandersetzungen bezeichnet werden muß. Sie ist das Ergebnis sogenannter „struktureller Gewalt“ (Johann Galtung), die oftmals von wirtschaftlich überlegenen Ländern ausgeht und Ausbeutung und Verelendung bedingt.

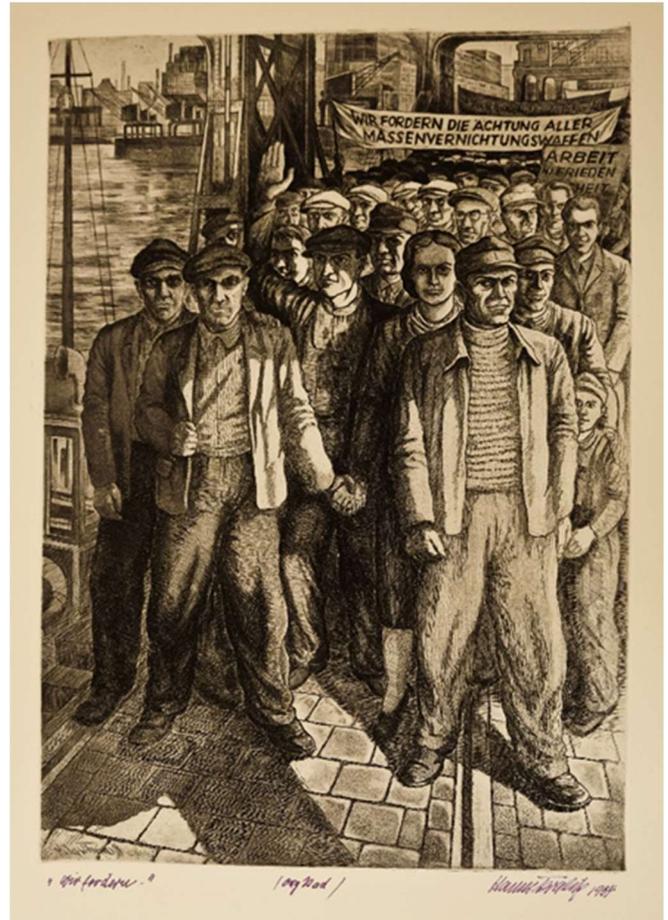
Das GRÜNE Grundsatzprogramm lehne Kriege nicht ab, sondern versuche diese zu legitimieren. Das geschieht dadurch, indem es leider verschleiert, dass es in kriegerischen

Auseinandersetzungen immer auch um politische, geostrategische, ökonomische und handelspolitische Interessen geht! Dieser Grund wird einfach verschwiegen und nicht weiter thematisiert. Politik hat jedoch nichts mit Moral zu tun, auch wenn Kriege - wie oben beschrieben – quasi moralisch zu rechtfertigen versucht werden. Deshalb ist Sicherheits- und Außenpolitik immer auch als Interessenpolitik zu verstehen. Auslandseinsätze sollen zwar nur noch auf der Basis des Grundgesetzes erfolgen, jedoch eben auch dann, wenn sie lediglich von der NATO bzw. der EU mandatiert wurden. Auf ein völkerrechtlich bindendes Mandat durch die UNO legt das neue Grüne Grundsatzprogramm fatalerweise keinen Wert mehr, womit sich die Partei eindeutig gegen die einzige global wirksame Instanz der Vereinten Nationen ausspricht, die die Belange von Entwicklungs- und Schwellenländern gleichberechtigt neben die der reichen Industrieländer stellt! Die Verfasser des Briefes weisen darauf hin, dass mit dem neuen Parteiprogramm fatalerweise eurozentrische Herrschaftsstrukturen der globalen Ungerechtigkeit und Ausbeutung verfestigt werden.

Bei den aktuellen Auslandseinsätzen der Bundeswehr erfüllen die rund 4000 Soldat\*innen differenzierte Aufgaben und die jeweiligen Mandate – UNO, NATO, EU – bleiben oft unspezifisch, so dass in der Öffentlichkeit nicht deutlich ist, ob sie völkerrechtskonform sind. Die Autoren listen Beispiele auf um zu zeigen, dass Auslandseinsätze gerade nicht der Behebung humanitärer Notlagen dienen, sondern eher der Durchsetzung deutscher Interessen auf anderen Kontinenten. Die aufgelisteten Militäreinsätze zeigten deutlich, dass ihr primäres Ziel keineswegs Hilfe darstellt. Stattdessen sind sie hilfreich, Deutschland einen Platz unter den „Global Playern“ zu sichern, die damit Weltgeschichte gestalten: „**Grüne Politik wird so zum humanistisch gefärbten Deckmantel für die Durchsetzung imperialistischer Interessen**“ (Zitat).

Als einen zentralen Punkt für die Verteidigung von Menschenrechten sehen die Autoren einen Widerspruch, der im Grundsatzprogramm weder anerkannt noch aufzulösen versucht wird. Denn obwohl die UN-Charta (Artikel 2.4)

und das Grundgesetz den Einsatz von Gewalt verbieten, weil jegliche Form von kriegerischer Gewalt eine Menschenrechtsverletzung darstellt, wird Krieg als ein probates politisches Mittel anerkannt. Zusammenfassend lässt sich feststellen: „**Menschenrechte ohne Frieden sind undenkbar. Friedenspolitik ist Menschenrechtsaktivismus.**“ (Zitat)



(Bild von Hanns Kralik, <http://www.friedensatelier.de/Sammlung/Kuenstler/Kralik.html> )

Zudem sei noch auf ein **Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages** hingewiesen, dessen Schlussfolgerungen möglicherweise überraschen. Denn auch er spricht sich klar dafür aus, dass die Bundesregierung den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen solle, weil die Argumentation der Regierung fehlerhaft sei. [https://www.heise.de/tp/features/Konkrete-Abruestungsverpflichtungen-5033588.html?wt\\_mc=nl.tp-aktuell.taeglich](https://www.heise.de/tp/features/Konkrete-Abruestungsverpflichtungen-5033588.html?wt_mc=nl.tp-aktuell.taeglich)

Auch innerhalb der den Grünen nahestehenden Heinrich-Böll-Stiftung ist es zu Verlautbarungen gekommen, die zu eklatanten Widersprüchen führten, über die sich aufmerksame Wähler\*innen nicht hinwegsetzen sollten. Lesen Sie dazu den Artikel auf der Seite der IFFF (Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit):

<https://www.wilpf.de/appell-an-die-heinrich-boell-stiftung-sich-an-einem-feministischen-sicherheitsverstaendnis-zu-orientieren-auch-beim-themenkomplex-atomwaffen/>

Darüber hinaus hat sich die Heinrich-Böll-Stiftung gemeinsam mit den NATO-Generälen für eine **Aufstockung des Militäretats** ausgesprochen und die sogenannte „Nukleare Teilhabe“ befürwortet. Sie wird von den Atom-Mächten und deren Unterstützern angeführt um zu begründen, warum diese Staaten den UN-Abrüstungsvertrag angeblich gar nicht zu unterzeichnen brauchen. <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8504/>

Deshalb hat sich der Ravensburger Journalist und Autor Wolfram Frommlet mit einem umfangreichen Schreiben an die Heinrich-Böll-Stiftung gewandt, das Sie auf unserer Homepage finden:

<https://www.friedensregion-bodensee.de/newsletter/>

Zudem dürfte der kirchliche Friedensappell gegen Atomwaffen bei der Programmdiskussion der GRÜNEN bisher nicht wahrgenommen worden sein:

<https://www.evangelische-friedensarbeit.de/artikel/2021/kirchlicher-friedensappell-gegen-atomwaffen> In friedenspolitischer Perspektive ist es unangebracht, dass sich diese Partei über den Wunsch vieler Bürger\*innen einfach hinwegsetzt.

Seitens der **NaturFreunde Deutschlands e.V.** ist ein aktueller Beitrag in den „Schriften zur Friedenspolitik“ erschienen. Er ist „Die Explosion deutscher Militärausgaben - wofür?“ betitelt und nimmt die horrenden Kosten in den

Blick, die in der Diskussion der Bündnisgrünen bedeutungslos erscheinen. Den Bericht von Lühr Henken können Sie kostenlos per Mail anfordern: [info@naturfreunde.de](mailto:info@naturfreunde.de)

*Derartig **umfangreiche Themenzusammenhänge** werden im Folgenden mit dem **Beitrag von Bene Liehl** (Vereinsmitglied) nochmals beleuchtet, der ihn „**Über den Umgang mit Meinungsverschiedenheiten**“ betitelt hat:*

Wie wir Meinungsverschiedenheiten verstehen und erklären, hat oft bedeutsame Auswirkungen auf die Praxis, denn es kann unsere Haltung gegenüber anderen und unser Verständnis der eigenen Einstellungen verändern.

Verbreitet ist es, unterschiedliche oder widersprüchliche politische Positionen in die Rubriken wahr und falsch einzuordnen. Dass man von einer Ansicht, die sich von der eigenen unterscheidet, auch lernen kann, ist wenig populär. Dass auf sich widersprechende Meinungen eine Haltung des „sowohl als auch“ möglich sein könnte, dass also in einer gewissen Weise beide etwas für sich haben könnten, wird gewöhnlich gar nicht erwogen.

Beliebt ist die Eindeutigkeit, weshalb Abweichungen als störend empfunden werden. Man fürchtet vielleicht eine Schwächung der eigenen Position, wenn man anderen Ansichten mit Verständnis begegnet. Die ganze Aufmerksamkeit richtet sich darauf, die eigene Sichtweise zu verbreiten, Anhänger zu gewinnen und abweichende Ansichten zu bekämpfen.

Ein schönes Beispiel dazu ist der offene Brief an Winfried Nachtwei von Reiner Braun und Werner Ruf. (Erschienen in der Beilage zu „Junge Welt“ am 9.1.2021, siehe: <https://www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/beilage/art/393651> ) Es geht dabei um den friedenspolitischen Teil des Grundsatzprogramms der Grünen, das Nachtwei gegen eine Kritik der Friedenskooperative, deren Sprecher Reiner Braun ist, verteidigt hat.

Nachtwei erläutert seine Verteidigung wohl-tuend sachlich und ausführlich an Hand der einschlägigen Textstellen des Programms; er führt konkreter Beispiele und Erfahrungen an. (<http://nachtwei.de/index.php?module=articles&func=display&aid=1670nachtwei.de>)

Der offene Brief antwortet auf diese Verteidigung des Grundsatzprogramms. Die teilweise leicht nachvollziehbare Argumentation verbleibt im Allgemeinen und Grundsätzlichen, geht aber kaum auf Nachtweis Argumente ein. Statt-dessen werden die bekannten schlimmen Taten und Unterlassungen der deutschen und der internationalen Politik wortreich beklagt. Dass die grüne Partei Gründe haben könnte, von der reinen pazifistischen Lehre abzuweichen, findet keinerlei Beachtung.

Hier zeigt sich m.E. eine Differenz, die man mit den Worten Pragmatismus gegen Heilsbotschaft beschreiben kann. Auf Seiten der Friedenskooperative, gilt offenbar ein striktes Entweder - Oder, da gibt es nur wahr oder falsch, richtig oder unheilvoll. Am Ende des Briefes wird denn auch das Grundsatzprogramm, ziemlich absurd, ein „Kriegsprogramm“ genannt. Diese Haltung, scheint mir, widerspricht Einsichten der Friedensbewegung, die sich mit den Stichworten Dialogbereitschaft, Überwindung von Feindbildern, Verständnis für andere umschreiben lassen. Und der Einsicht, dass deren Missachtung zu nichts Gutem führt. In diesem Fall sicher nicht zu einem förderlichen Dialog.

Vielleicht denken jetzt manche, ich sei ein Anhänger oder gar Mitglied der Grünen. Dem ist nicht so. Mir geht es um die Art der Auseinandersetzung, um einen Einspruch gegen den leider üblichen Hickhack. Mache ich zu viel Aufhebens von diesem unersprießlichen Streit? Vielleicht. Wenn mir nur nicht noch einige andere Beispiele solcher rigorosen friedenspolitischen Heilsbotschaften einfallen würden.

## Fahnenaktion zum Internationalen Bodenseefriedensweg



### Bedrohliche Militarisierung in der NATO

Der BFW steht auch dieses Jahr durch Corona unter schwierigen Bedingungen. Die Friedensarbeit darf aber nicht stillhalten, denn neben unserem diesjährigen Thema „FriedensKlima!“ gibt es beängstigende Militarisierungstendenzen in Europa und der NATO. Mit einer weiteren Steigerung des ‚Verteidigungshaushaltes‘ um 3,2% auf 53 Milliarden € trägt die deutsche Bundesregierung mächtig dazu bei und zieht Geld aus drängenden Bereichen wie Klimaschutz, Bildung, Gesundheit, Soziales ab. Während Österreich den Atomwaffen-Verbotsvertrag ratifiziert hat, sind Deutschland und die Schweiz sind noch weit davon entfernt.



### Die Friedensbewegung bleibt nicht still

Dafür müssen wir auf die Straße - der Bodenseefriedensweg wird auf jeden Fall stattfinden: wir planen ‚hybrid‘. Als live-Veranstaltung am Ostermontag in Überlingen - je nach Möglichkeiten - in gewohnter Weise als Demonstrationzug durch die Stadt mit mehreren Stationen. Die Redebeiträge werden auf unserer Webseite abrufbar sein. Darüber hinaus gibt es am Ostersonntag einen bundesweiten virtuellen Ostermarsch des Netzwerks Friedenskooperative:

<https://www.friedenskooperative.de/ostermarsch-2021>

## Zeigt Flagge!

Rund um den Bodensee wird es wie schon im letzten Jahr eine Peace-Fahnenaktion von Gründonnerstag bis Ostermontag geben. Besorgt Euch dafür Friedensfahnen, die Ihr an Euren Häusern oder wo immer es möglich ist, aufhängt. Es soll ein buntes Friedens-Ostern werden! Schickt Fotos davon an [bfwfahrbach@aol.com](mailto:bfwfahrbach@aol.com) – wir werden die Bilder zusammenstellen. Wahrscheinlich entsteht daraus auch eine Webseite bei der Friedenskooperative für die verschiedenen Fahnenaktionen.



Über den BFW könnt Ihr Euch aktuell unter <http://www.bodensee-friedensweg.org/> oder <https://www.friedensregion-bodensee.de/bodensee-friedensweg/> informieren. Im nächsten Newsletter berichten wir über das geplante Programm.

## Gastbeitrag: Interventionsmacht Deutschland - Vormarsch des Militarismus (von Clemens Ronnefeldt)

*Der Autor ist Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes.*



Martin Jäger, Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, hat am 6.9.2020 in der F.A.Z einen Gastbeitrag veröffentlicht mit dem Titel: **"Neue strategische Lage - Deutschland sollte interventionsfähig sein"** (1) Darin schreibt er: "So endet die Ära amerikanisch geführter Interventionen. Somalia, Bosnien, Kosovo, Afghanistan, Irak und Libyen sind ihre markanten Stationen. Die Bilanz fällt zwiespältig aus, zu hoch waren die Kosten an Menschenleben und Geld. Im Berliner Betrieb hoffen manche, nun werde die Bundeswehr von der Einsatzstreitkraft zur Heimatschutzarmee zurückgebaut. Das wäre ein Fehler. Die Bundesrepublik wird sich auch künftig an Interventionen beteiligen müssen. Mehr noch: Deutschland und Europa sollten aus eigener Kraft interventionsfähig werden." Wie passt diese Forderung zum Grundgesetz, Art. 87a: "(1) Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf. (...) (2) Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt."?

Martin Jäger schreibt weiter: "Die Bundesrepublik muss ihr Verhältnis zur Intervention überdenken. Intervenieren bedeutet, einen Konflikt durch Einmischung von außen zur Entscheidung zu bringen. Eine solche Macht-

projektion kann unterschiedliche Gestalt annehmen: von der diplomatischen Drohung über die Verhängung von Sanktionen und die Waffenlieferung bis zum Einsatz militärischer Gewalt. Die Intervention ist die kleine Schwester des Krieges und die giftige Freundin der Diplomatie – nicht eben die Gesellschaft, in der wir Deutsche uns gern aufhalten.“

Wie passen diese Aussagen zur in Deutschland verbindlichen Charta der Vereinten Nationen, Art. 2, Ziffer 4: "Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt"? Nach Artikel 25 des Grundgesetzes ist diese Aussage verbindliches Völkerrecht in Deutschland und geht dem Grundgesetz vor.

Martin Jäger endet mit den Sätzen: "Es fehlt uns nicht an militärischen Fähigkeiten, politischer Wille zählt. Drei Vorschläge: Der Bundestag billigt künftig auf Basis europäischer Mandate den bewaffneten Einsatz deutscher Streitkräfte im Ausland. Auszubildende der Bundeswehr wird im Einsatz erlaubt, einheimische Einheiten ins Gefecht zu begleiten. Deutschland liefert Partnern wie der Ukraine in Notsituationen Milan-Lenk Waffen zur Selbstverteidigung. Damit wären erste Schritte getan".

Warum haben diese Sätze bisher keinerlei Konsequenzen für Herrn Jäger gehabt? Der erste Vorschlag entmachtet das deutsche Parlament, indem dieses nur noch "billigen" soll, was auf EU-Ebene als Kriegseinsatz beschlossen wurde, der zweite ruft zum aktiven Sammeln von Kriegserfahrungen in fremden Ländern auf, der dritte schlägt einen Gesetzesbruch vor: Nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz besteht das Verbot, deutsche Waffen in Krisen- und Kriegsgebiete zu exportieren.

Der Historiker Sönke Neitzel hat für sein umfangreiches Grundlagenwerk „Deutsche Krieger. Vom Kaiserreich zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte“ (Berlin, 2020) mit rund 200 Zeitzeugen gesprochen, von denen die

meisten noch aktive Bundeswehr-Soldaten sind. Das Buch zeigt, dass der Vorschlag von Herrn Jäger zum Sammeln von Kriegserfahrungen bereits vor knapp drei Jahrzehnten umgesetzt wurde: „Weitgehend unbekannt ist, dass inoffiziell schon seit 1991 rund 200 bis 300 Bundeswehrsoldaten als Freiwillige im jugoslawischen Bürgerkrieg kämpften. Insbesondere aus den Garnisonen in Süddeutschland fuhren viele Männer auf ein verlängertes Wochenende oder im Urlaub an die Front, um Kampferfahrung zu sammeln. Das war zwar illegal, wurde von den Vorgesetzten in vielen Fällen aber gedeckt, da man die Eigeninitiative als wertvolle Bereicherung der Gefechtsausbildung betrachtete. Etliche deutsche Soldaten, die auf kroatischer Seite mitkämpften, waren Fallschirmjäger, manche waren vor ihrer Bundeswehrzeit bei der Fremdenlegion gewesen. Abenteuer- und Kriegergeist standen wohl im Mittelpunkt dieser Reisen an die Front, andere wollten den bedrängten Kroaten zu Hilfe eilen“ (S. 466).

Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit leben etliche dieser 200 bis 300 Bundeswehrsoldaten noch. Werden gegen sie und vor allem gegen ihre Vorgesetzten nun Strafermittlungen eingeleitet werden? Welche Konsequenzen werden die Aussagen von Sönke Neitzel bezüglich seiner Buchpassagen zum Afghanistan-Krieg haben? Auf Seite 547 schreibt er: „Wenn bei Operationen der amerikanischen Spezialkräfte Zivilisten auch mal im dreistelligen Bereich umkamen, nahm man das hin. Mancher wunderte sich gewiss, dass darüber nicht gesprochen wurde. Doch keiner wollte sich mit den Amerikanern anlegen, von denen die Deutschen in vielerlei Hinsicht abhängig waren. Im Zweifelsfall waren es ihre Hubschrauber, die deutsche Verwundete ausflogen, ihre Flugzeuge, die schwer bedrängten deutschen Soldaten Luftunterstützung gaben. Und wenn US-Spezialkräfte nachts Taliban-Kommandeure töteten, brachte das auch der Bundeswehr mehr Sicherheit. Die Deutschen waren insgesamt loyale Allianzpartner, die die nächtlichen Schattenkrieger mit Logistik, mit Absperrungen und auch mit Sanitätern unterstützten.“ Auf Seite 551 ergänzt Sönke Neitzel: " (...) so waren selbst hartgesottene Soldaten des KSK erschüttert, als ihnen Amerikaner nonchalant

davon berichteten, wie sie gefangene Taliban exekutierten“.

Warum haben die genannten Bundeswehrsoldaten diese Kriegsverbrechen bisher nicht zur Strafverfolgung an die Bundesregierung weitergegeben? Anfang September 2020 berichtete die Süddeutsche Zeitung darüber, dass US-Außenminister Mike Pompeo die Chefanklägerin beim Internationalen Strafgerichtshof, Fatou Bensouda, sowie einen hochrangigen Mitarbeiter auf die Sanktionsliste gesetzt hat. "Das heißt, sie werden gleichgesetzt mit Terroristen, ihr Vermögen in den USA kann eingefroren werden" (SZ, 3.9.2020).

Wird sich die Bundesregierung hinter die Chefanklägerin stellen und sie bei ihrem Bemühen um Gerechtigkeit unterstützen? Anlass zur Besorgnis gibt auch die von Botschafter Wolfgang Ischinger vorgestellte neue Studie der Münchner Sicherheitskonferenz vom Oktober 2020 "Zeitenwende - Wendezeiten" (2). Auf 220 Seiten wirbt sie für eine stärkere Militarisierung der deutschen Außenpolitik. Am 28. Oktober 2020 schrieb Josef Joffe in der Wochenzeitung "Die Zeit": "Wer die Waffen scheut, muss verhindern, dass andere sie gegen das eigene Land richten. Das nennt man Abschreckung, und die erfordert leider Kampffähigkeit. Die fehlt der Bundeswehr, was aber nicht ihre Schuld ist, sondern tief verwurzelt im kollektiven Bewusstsein steckt." (3).

Gegenstimme zur stärkeren Militarisierung deutscher Außenpolitik: Charlotte Wiedmann schrieb in der Berliner „taz“ am 28.10.2020 unter dem Titel "Vormarsch des Militarismus: Vom Mythos der Reife" (4): "Die Erfahrungen der letzten zwei Jahrzehnte liefern allen Grund, Interventionen mit höchster Skepsis zu betrachten: vom Experiment Kosovo, wo 60.000 Nato-Soldaten in einem Gebiet von der halben Größe Schleswig-Holsteins eingesetzt wurden, über die Kriege in Irak und Libyen bis zum Desaster in Afghanistan. (...)

Wären Fakten von Bedeutung, müsste es heute leichter sein, gegen Waffengänge zu plädieren. Dennoch ist das Nein geächtet. Weil es kaum mehr abweichende Welterklärungen gibt, kaum

Alternativen zu den allgegenwärtigen sicherheitspolitischen Mythen, die – grob umrissen – den Planeten aufteilen in ein aggressives Russland, ein herrschsüchtiges China, einen schiitischen Krisenbogen und ein migrationswütiges Afrika. Erstmals wurde dieses Jahr das Nato-Manöver „Steadfast Noon“, bei dem auch deutsche Piloten den Einsatz US-amerikanischer Atomwaffen trainieren, nicht mehr geheim gehalten. Nuklearwaffen offensiv zu bewerben gehört zur neuen Ausrichtung der Nato; die Öffentlichkeit nimmt es hin.

In keinem anderen Bereich ist die Unterwerfung unter herrschende Ideologien so still und so umfassend. Der rumorenden zivilgesellschaftlichen Ermächtigung in Fragen von Klima, Verkehr oder Agrarpolitik steht eine erschütternde Entmächtigung bei dem Thema Sicherheit gegenüber. Selbst die Rüstungsindustrie wird von Kritik weitgehend verschont – als wären Waffensysteme, neben allem anderen, nicht auch Klimakiller. Deutschland ist viertgrößter Rüstungsexporteur, doch der Einfluss der entsprechenden Konzerne wird kaum behelligt.

Die SPD will nun bewaffnete Drohnen. Automatisiertes Töten als sozialdemokratische Ethik – warum schreit da kaum jemand auf in der Partei? Während das kritische linke antirassistische Spektrum vollauf mit dem Ringen um die inneren gesellschaftlichen Verhältnisse beschäftigt ist, verbreitet sich in der Außenpolitik und in den Fragen von Krieg und Frieden ungestört eine rechtsgewirkte Hegemonie. Der flagrante Rechtsextremismus im Kommando Spezialkräfte müsste alarmieren".

Werden die Gewaltenteilung und die Demokratie in Deutschland insgesamt in der Lage sein, einem immer stärker entgrenzten Militarismus in Deutschland mit Verweis auf Grundgesetz und Völkerrecht Einhalt zu gebieten? Es wird höchste Zeit, dass Gewerkschaften, Kirchen, kritische Soldatinnen und Soldaten sowie die Zivilgesellschaft in Deutschland die Zeichen der Zeit erkennen - und ins Handeln kommen.

Quellenangaben:

- (1)<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/deutschland-sollte-interventionsfaehig-sein-neue-strategische-lage-16938806.html>
- (2)[https://securityconference.org/assets/01\\_Bilder\\_Inhalte/03\\_Medien/02\\_Publikationen/MSC\\_Germany\\_Report\\_10-2020\\_De.pdf](https://securityconference.org/assets/01_Bilder_Inhalte/03_Medien/02_Publikationen/MSC_Germany_Report_10-2020_De.pdf)
- (3)<https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-10/schweden-aufruestung-militaerhaushalt-russland-wladimir-putin>
- (4)<https://taz.de/Vormarsch-des-Militarismus/!5720919/>

## **Buchbesprechung: Im Grunde gut. Eine neue Geschichte der Menschheit** (von Hans Wallner, Vorsitzender Kunst für Frieden e.V./ Friedenssatelier)

*Anmerkung des Rezensenten: Dies ist keine klassische Rezension, dazu fühle ich mich nicht berufen. Der Text drückt meine Begeisterung über das Buch aus und soll anregen, es zu lesen. Deshalb die Ich-Form.*



Ein Buch, das mich sogleich in seinen Bann gezogen hat, weil es lehrt, optimistisch zu denken und hoffnungsvoll in die Zukunft zu blicken. Denn Bregman zeigt uns überraschende, manchmal provokante Erkenntnisse. Lange Zeit galt die Lehrmeinung, Konkurrenz, Egoismus, „Jeder gegen Jeden“ hätten die Entwicklung der Menschheit befördert. Und Zivilisation hätte uns gezähmt. Z. B. vertritt S. Pinker in seinem Werk von 2011 „Gewalt: eine Geschichte der Menschheit“ folgende Ansichten: die Erfindung von Landwirtschaft, Schrift und Staatswesen hätten dazu beigetragen, unsere aggressiven Züge in Zaum zu halten. Bregman hält dem entgegen - unter Berufung auf zahlreiche neuere Erkenntnisse aus Psychologie, Ökonomie, Biologie, Geschichte und Archäologie: „Nicht die Stärksten haben die Menschheitsgeschichte überlebt, sondern die Freundlichsten.“ Die Erfolgsgeschichte der Menschheit ist gekennzeichnet durch Kooperation und nicht

durch den Krieg aller gegen alle. Unsere Vorfahren hassten Ungleichheit. Erst mit dem Ende des Nomadendaseins, mit dem Beginn des Ackerbaues, der Sesshaftwerdung und der Zivilisation vor ca. 10.000 Jahren trat ein Wandel ein. Bregman: „So entstand das, was wir Zivilisation nennen. Um es jetzt mal ganz schroff auszudrücken: Diese Zivilisation hat sich eigentlich im Wesentlichen als ein einzigartiges großes Unglück herausgestellt.“ (Bregman in einem Interview, Deutschlandradio, 5.4.2020)

Mit der Sesshaftwerdung und dem Entstehen von Eigentum hat Gewalt zugenommen, sind Kriege erst entstanden. Dennoch blieben und bleiben die Grundeigenschaften der Menschen - Freundlichkeit und Kooperation - bestehen. Sie stehen jedoch im Widerstreit zu unseren dunklen Seiten (dies wird im Teil 3 des Buches „Warum gute Menschen böse Dinge tun“ untersucht).

Wesentlich für unser Zusammenleben und Fortbestehen sind Freundlichkeit und Kooperation. Bregman belegt dies an zahlreichen Beispielen aus der Vergangenheit und Gegenwart. Besonders beeindruckt mich, wie Bregman durch Nachforschungen zeigt, dass psychologische Experimente erst durch Manipulation der Teilnehmer zu den bekannten Ergebnissen führten: Menschen seien im Grunde gewalttätig und egoistisch (167 f.). Ebenso beeindruckt mich die Beispiele von Hilfsbereitschaft und Kooperation in Situationen von Gefahr, Not und Bedrängnis. Diese Beispiele belegen, Menschen sind im Grunde gut. Im vierten Teil des Buches „Ein neuer Realismus“ und fünften Teil, „Die andere Wange“ zeigt uns Bregman, was notwendig ist für eine optimistische Entwicklungsrichtung unserer Welt. Eindrückliche Beispiele (z. B. von dem niederländischen Pflegedienst Buurtzorg – Nachbarschaftsbetreuung) lassen erkennen, wie Motivation ohne Hierarchie und Bevormundung entstehen kann. Es sind anregende Modelle darüber nachzudenken, was wirklich wichtig ist. Nachzudenken, welche Arbeiten gesellschaftlich relevant sind und welche nicht. Nachzudenken, wieviel wir arbeiten und wie wir in einer guten Gesellschaft miteinander leben wollen.

Es fällt mir schwer, die Fülle der Informationen, Gedanken und Anregungen dieses Buches kurz zusammen zu fassen. Ich hoffe, es gelingt mir, Sie neugierig zu machen um das Buch selbst zu lesen.

Monografie. Hardcover. Rowohlt Verlag 2020

## Neuigkeiten

Auf einer Online-Plattform wird gerade die Petition „Abstimmung21: Sicherheit neu denken: Kooperation statt Militär“ beworben. Da unser Verein sich für das Szenario engagiert, wäre es sinnvoll, wenn Sie ebenfalls unterschreiben. Der Link erläutert zudem weitere Einzelheiten: <http://chng.it/NrwLxZ8rcq>

Wie in dieser Ausgabe des Newsletters eingangs ausführlich dargestellt wurde, müssen wir das Grüne Grundsatzprogramm aus friedenspolitischer Perspektive als absolut unangebracht bezeichnen. Als eine friedenspolitisch eindeutige Gegenposition stellt demgegenüber die Sichtweise der LINKEN dar. Deshalb gibt es auch einen friedenspolitischen Aufruf, den Sie unter folgendem Link unterzeichnen können: <http://frieden-links.de/wp-content/uploads/2020/08/Aufruf-aus-d.-Friedensbeweg.-an-D.-LINKE-.pdf>

Weitere wichtige Informationen finden Sie außerdem auch auf der Webseite der Partei: <https://frieden-links.de/2020/08/aufruf-aus-der-friedensbewegung-an-die-partei-die-linke/> Es sei darauf hingewiesen, dass das Engagement für Friedenspolitik immer auch im Kontext realpolitischer Diskurse und Programme verortet werden kann. Deshalb nutzen Sie bitte die Möglichkeit Ihrer Einflussnahme, indem Sie sich an Unterschriftenaktionen beteiligen.

Interessanterweise stellt der **Bildungsplan Baden-Württembergs** ebenfalls einen Zusammenhang von Nachhaltigkeit und Frieden her: <http://www.bildungsplaene->

[bw.de/Lde/Startseite/BP2016BW\\_ALLG/BP2016BW\\_ALLG\\_LP\\_BNE](http://www.bildungsplaene-bw.de/Lde/Startseite/BP2016BW_ALLG/BP2016BW_ALLG_LP_BNE) Eine zukunfts- und überlebensfähige Gesellschaft sollte sich verge-wissern, ob sie hinreichend in friedenspolitische Bildungsmaßnahmen investiert. Immerhin hat BaWü diese Notwendigkeit ja schon erkannt!

Der **Holocaust-Gedenktag am 25.01.** sollte Anlass sein, sich auch einmal mit der Situation der Palästinenser auseinanderzusetzen, deren gegenwärtige, mehr als prekäre Situation auf die Gründung Israels zurückzuführen ist. Wie der jüdische Staat seine Rolle heute deutet, lesen Sie unter folgendem Link:

<https://www.arnstrohmeyer.de/zeitgeschehen/israelpalaestina/kritische-anmerkungen-zum-holocaust-gedenktag/>

Als in diesem Zusammenhang erwähnenswert muss auch die Praxis genannt werden, der zufolge Deutschland noch immer Restitutionszahlungen an NS-Opfer verweigert. <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8502/> Friedenspolitik in unserem Land hat immer auch eine historische Komponente, über die sich die AfD und andere am rechten Rand doch so gerne hinwegsetzen.

**„Krieg ist nichts als  
Drückebergerei vor  
den Aufgaben des Friedens.“**

**Thomas Mann**

### **Zur Wieder-Aufnahme des New Start-Vertrages**

Washington/Moskau. Der russische Präsident Wladimir Putin und sein neuer US-Amtskollege Joe Biden haben in ihrem ersten Telefonat die Verlängerung des New-START-Vertrags vereinbart. Dies teilte der Kreml-Pressedienst am 26. Januar mit. Die Staatschefs hätten ihre Zufriedenheit darüber zum Ausdruck gebracht, dass eine Verlängerung des im Februar auslaufenden Abrüstungsvertrages um fünf Jahre erzielt worden sei. Entsprechende diplomatische Noten seien am Dienstag ausge-

tauscht worden. „In den kommenden Tagen werden die Seiten alle notwendigen Prozeduren abschließen, welche das weitere Funktionieren dieses wichtigen internationalen Mechanismus zur gegenseitigen Beschränkung der Atomwaffen-Arsenale ermöglichen.“

Der so genannte New-Start-Vertrag über die Reduzierung der strategischen Offensivwaffen war 2010 von den damaligen Präsidenten beider Länder, Dmitri Medwedew und Barack Obama, unterzeichnet worden und trat 2011 in Kraft. Laut Vertrag mussten die Seiten ihre Arsenale zum Jahr 2018 auf jeweils 700 interkontinentale ballistische Raketen, U-Boot gestützte Raketen und schwere Bomber sowie auf jeweils 1550 Gefechtsköpfe und 800 stationierte oder noch nicht aufgestellte Startanlagen abbauen. Russland und die USA besitzen zusammen rund 90 Prozent der weltweiten Atomwaffen. (Quelle: Newsletter 02 <https://www.bremerfriedensforum.de/>)

Eine weitere unmittelbare Beteiligungsmöglichkeit liegt für Sie in der Strafanzeige gegen die Mitglieder der Bundesregierung wegen des Klima- und Biodiversitätsnotstandes. Sicher erinnern Sie sich an die ARD-Themenreihe von Ferdinand von Schirach. Inzwischen werden tatsächlich Unterstützende für eine Anzeige gesucht, um das Vorgehen der Regierung juristisch prüfen zu lassen. Es kommen keine Kosten auf Sie zu! Sie können Ihre Einverständniserklärung einfach ausdrucken, unterschreiben und an die angegebene Adresse versenden. Auf diese Weise bleibt in der öffentlichen Diskussion, dass der ökologische Notstand längst zum Alltag unserer Republik gehört. <https://macshot.de/ob2.php> + [https://macshot.de/Strafanzeige-Flyer\\_DINA4.pdf](https://macshot.de/Strafanzeige-Flyer_DINA4.pdf)

Am 26.02. ist in Berlin eine Protestaktion geplant, bei der der Forderung nach einem Kriegswaffenkontrollgesetz Nachdruck verliehen werden soll. Einzelheiten sind hier nachzulesen: <https://www.aufschrei-waffenhandel.de/termine-aktionen/aktionstag-262/>

Deutschland hat nicht nur den Atomwaffenverbotsvertrag nicht unterzeichnet, auch der UN-Resolution 1325 wurde bisher nicht zugestimmt. Sie macht auf die besondere Situation von Frauen in Konflikten aufmerksam und unterstreicht deren Rolle in Friedensprozessen. Ein Besuch auf der Seite des Frauennetzwerkes für Frieden <https://www.frauennetzwerk-fuer-frieden.de/> ist daher auf jeden Fall lohnenswert, da sie wichtige friedenspolitische Informationen zur Verfügung gestellt werden.

## Termine

**19.-21.März 2021: Es wird heiß - Kein Frieden mit dem Klimawandel.** Bund für Soziale Verteidigung, Tagung

**1. - 5. April 2021: Fahnenaktion in der Bodensee-Region.** BFW/FRB

**5. April 2021 (Ostermontag: Internationaler Bodensee-Friedensweg in Überlingen 14:30 – 17:00 Uhr**

**8. Mai 2021: Gedenkveranstaltung am KZ-Friedhof Birnau, VVN-BdA**

**13. Mai (Himmelfahrt): Einweihung Friedenslinde,** Überlingen Stadtpark 16:00 Uhr, FRB und Friedentisch

**20. Mai – 26. September: Landesgartenschau Lindau,** Präsentation der UN-Nachhaltigkeitsziele, FRB und Friedens räume

**26. Juni - 4. Juli 2021: Frieden in Bewegung.** Friedenswanderung für Abrüstung und Frieden der Naturfreunde. Über Engen - Singen – Friedrichshafen – Bregenz – Kreuzlingen - Konstanz. [www.frieden-in-bewegung.de](http://www.frieden-in-bewegung.de)

**8. Juli 2021: Flaggentag der Mayors for Peace, Lindau 10 - 15 Uhr,** FRB/Friedens räume., **Überlingen 16 – 16.30 Uhr,** Kirchenschiff LGS

**6. und 9. August: Hiroshima-/Nagasaki-Tag,** Überlingen und Radolfzell, Infostand FRB

**16-16:30h:** Kirchenschiff LGS (ÜB):  
Impulsbeiträge FRB /Friedentisch  
**19:30h:** Podiumsdiskussion zur nuklearen  
Aufrüstung (ÜB)

**1. September 2021: Weltfriedenstag/Anti-  
kriegstag des DGB** seit 1957/1966, **Beginn des  
2. WK**, Uferpromenade Musikmuschel FN, VVN-  
BdA, DGB, FRB

**11. September.2021 Wahlpodium Überlingen**  
mit Andreas Zumach, zur Bundestagswahl am  
26. September 2021

**19. September 2021: UN-Weltfriedenstag in St.  
Gallen.** Frieden-Ostschweiz

**16./17. Oktober 2021: Tagung Lebenshaus  
Schwäbische Alb**, Gammertingen



**November 2021: Ökumenische Friedens-  
dekade (ÜB): „Reichweite Frieden“** über  
alternative Friedenspolitik, FRB (Plakat 2020)

**November 2021: Oberschwäbische Friedens-  
wochen** u.a. mit A. Zumach, pax christi, FRB

**Monatliche Termine 2021 des Arbeitskreises**  
(vorerst **NUR online**) immer montags:

15.3., 19.4., 17.5., 14.6., 19.7., (16.8. Jahres-  
ausflug), 13.9., 18.10., 15.11., 13.12.2021  
jeweils in Überlingen, Paul-Gerhardt-Haus,  
Jasminweg 19, um 16 Uhr. Gäste und  
Interessent\*innen sind willkommen - bitte  
anmelden bei [christian.s.harms@gmx.de](mailto:christian.s.harms@gmx.de)

**Lindau: jeden Freitag von 18:00 – 18:30 Uhr:  
Schweigekreis für Klimaschutz, Frieden und  
Gerechtigkeit** vor dem Alten Rathaus.  
Teilnahme für jedeN möglich.

#### Abkürzungen:

**BFW:** [www.bodensee-friedensweg.org](http://www.bodensee-friedensweg.org)

**BSV:** Bund für soziale Verteidigung –

[www.sozial-verteidigung.de](http://www.sozial-verteidigung.de)

**FRB:** [www.friedensregion-fodensee.de](http://www.friedensregion-fodensee.de)

Koop-frieden: Netzwerk Friedenskooperative –  
[www.koop-frieden.de](http://www.koop-frieden.de)

**VVN-BdA:** Vereinigung der Verfolgten des  
Naziregimes – Bund der Antifaschisten  
<https://vvn-bda.de/>

## Impressum

Der Newsletter wird herausgegeben von der  
Friedensregion Bodensee e.V., Friedens-  
referentin Martina Knappert-Hiese, M.A.  
Altmanweg 8, 88079 Kressbronn Mail:  
[friedensregion.bodensee@gmail.com](mailto:friedensregion.bodensee@gmail.com)

Telefon und Webseite:

07543/547343 [https://www.friedensregion-  
bodensee.de/](https://www.friedensregion-bodensee.de/)

Wenn Sie den Newsletter abbestellen möchten,  
schicken Sie uns bitte eine Mail an die oben  
angegebene Adresse.

Anregungen und Kritik sind gleichermaßen  
willkommen. Wir verweisen auf die  
Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) auf  
unserer Homepage. Ihre Mailadresse verwenden  
wir ausschließlich zum internen Gebrauch.